

Impressum rls standpunkte wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V. erscheint unregelmäßig Redaktion Marion Schütrumpf-Kunze (V.i.S.d.P.) · Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · Fax 0 30/44 31 01 22 · E-Mail: m.schuetrumpf@rosaluxemburgstiftung.de · www.rosaluxemburgstiftung.de

DIETER KLEIN

# Wo bleibt der produzierte Reichtum?

Ein Grundgefühl hat sich in den vergangenen Jahren erdumspannend verbreitet – stärker als zuvor: dass wir in einer ungerechten Welt leben, dass die Kluft zwischen Reichen und Armen noch tiefer werden wird und die Gefahren durch Kriege und Zerstörung der Umwelt noch größer. Aber ein großer Teil der Bevölkerung glaubt zugleich, dass nichts anderes übrig bleibe, als marktradikale »Reformen« hinzunehmen, die den Lohnabhängigen und sozial Schwächeren tief in die oft ohnehin fast leeren Taschen greifen und den Großakteuren auf den internationalen Märkten reichlich geben – im Namen nationaler Standortkonkurrenz oder des Standorts Europa.

Ein Mythos hat sich ausgebreitet, es sei nichts mehr da für den Erhalt des Sozialstaats auf dem erreichten Niveau, schon gar nicht für verbesserte Leistungen oder gar für angemessene Unterstützung der sogenannten Entwick-

Der Mythos vom Versiegen sozialstaatlicher Spielräume umgeht eine einfache Frage. Sie ist so einfach, dass sie in der Regel gar nicht erst gestellt wird oder als längst beantwortet gilt. Sie lautet: Wo bleibt der Reichtum, der aus steigender Arbeitsproduktivität, Ausbildung und Wissen von Millionen Erwerbstätigen, aus der Einführung immer neuer Technologien, aus weltweiter Arbeitsteilung, modernen Organisationsstrukturen und neuen Betriebsweisen erwächst?

In dem von privater Medienmacht stark beeinflussten Denken wird das Paradoxon verdrängt, dass das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts auf anschwellenden Reichtum der westlichen Welt hindeutet und trotzdem die erreichten Masseneinkom-

lungsländer im Kampf gegen Hunger, Armut, Krankheiten und Umweltzerstörung. Ja, in versunkenen früheren Zeiten hätte es noch etwas zum Verteilen gegeben, doch nun sei dafür nichts mehr da. Wir sollen durch ein Tal der Tränen gehen – zugunsten der ökonomisch Mächtigen. Dann würden diese investieren, so hören wir. Arbeit käme dann zu den Arbeitslosen und Wohlstand zu uns allen. Jedoch – dieses Rezept wird schon seit drei Jahrzehnten erfolglos praktiziert.

Aber unsere Herrschenden sehen noch reichliche Reserven für die Fortsetzung ihrer antisozialen Politik. Jetzt haben sie sich in Deutschland aufgemacht, um Europa zu einem neuen kräftigen Schub des Abschieds vom europäischen Sozialmodell zu verhelfen, dem sehr schnell weitere Schübe folgen werden.

Berlin, im Oktober 2003

## Sozialabbau in Deutschland:

- 23,1 Mrd. € Kostensenkungen im Gesundheitswesen pro Jahr, von denen die Versicherten rund 20 Mrd. übernehmen sollen,
- Absenkung der Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau (297 € in Westdeutschland, 285 € im Osten). Damit steigt die Zahl der Sozialhilfebezieher von 2,8 Millionen auf 4,5 Millionen.
- Senkung der Unternehmerbeiträge zur Rentenversicherung auf Kosten der Arbeitnehmer, die sich verstärkt privat versichern sollen.
- Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes von 36 auf 12 bis 18 Monate.

## Wie stellen Sie sich die Gesellschaft in 10 Jahren vor?

(Wahlberechtigte deutsche Bevölkerung, in v.H.)

	trifft zu
• Die Gesellschaft wird kälter, egoistischer.	71
• Die Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer.	70
• Geld wird immer wichtiger.	68
• Nur die Starken werden sich durchsetzen.	54

Quelle: Inst. für Demoskopie Allensbach, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16. August 2000

men, der erreichte Wohlstand, das Niveau der öffentlichen Daseinsvorsorge und die bisherigen Standards sozialer Sicherheit als unhaltbar gelten. Das ausgewiesene Bruttoinlandsprodukt steigt, aber im Widerspruch dazu findet ein Rückzug des Staates aus der Bereitstellung öffentlicher Güter statt. Den Regeln des Allgemeinen Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) folgend betrifft er Gesundheit, Bildung, Erziehung, Betreuung, Pflege, Kultur, Umwelt, öffentlichen Nahverkehr und vieles andere. Es ist die herrschende Meinung, dass nichts da sei für die Verteidigung des Wohlfahrtsstaats. Privatisierungsprozesse untergraben im Gegenteil

die öffentliche Daseinsvorsorge, die bisher in beträchtlichem Maße dem Ausschluss vieler Menschen vom Zugang zu wichtigen öffentlichen Gütern entgegenstand. Eine einschneidende Hinwendung zur Sicherung natürlicher öffentlicher Güter – von Luft, Wasser, Böden, Tieren, Pflanzen und Klima – vor allem durch ökologischen Umbau, ist nicht in Sicht.

Der Wachstumszuwachs scheint in einer Art Bermuda-Dreieck zu verschwinden. Wo aber bleibt der produzierte Reichtum tatsächlich?

## Skandalöse soziale Polarisierung

Zunächst, der Reichtum verschwindet nicht, er wird von unten nach oben umverteilt und konzentriert sich in den Händen des Großkapitals. Diese Aussage ist keineswegs neu. Sie ist die Hauptantwort der Linken auf die gestellte Frage, aber nicht mehr ihr Standpunkt allein. Er wird von der Mehrheit der Bevölkerung geteilt, und es ist die Einsicht der neuen kapitalismus- und herrschaftskritischen globalen Bewegungen, die die wachsende Ungerechtigkeit in der Welt selbstbewusst angreifen.

Nach UNDP-Angaben überstieg der Besitz von 358 Milliarden bereits 1996 das Gesamteinkommen der Länder mit den ärmsten 45 Prozent der Weltbevölkerung. Der World Food Report für 2002 weist aus, dass in diesem Jahr 36 Millionen Menschen verhungerten. Die Zahl der extrem Armen wird von der Weltbank mit 2,81 Milliarden angegeben.

Nur 5 Prozent der Amerikaner vereinen 60 Prozent des nationalen Reichtums auf sich. Die 13.000 reichsten Familien der USA verfügten 1998 über fast ebensoviel Geld wie die 20 Millionen ärmsten Haushalte. Die Jahresgehälter der Spitzenmanager der 100 größten US-Unternehmen betragen 1999 durchschnittlich 37,5 Millionen Dollar, mehr als den tausendfachen Lohn eines durchschnittlichen Arbeitnehmers. (Krugman, 2002)

In Deutschland entfallen auf 0,5 Prozent der erwachsenen Bevölkerung 25,7 Prozent des Gesamtvermögens. Im Besitz von 3.700 Superreichen befinden sich 612 Mrd. Euro. Die ärmsten 25 Prozent der deutschen Haushalte haben überhaupt kein Geldvermögen. Sie sind mit 1,5 Prozent vom Nettogeldvermögen verschuldet. 1,1 Millionen Kinder leben nach Regierungsangaben unterhalb der Armutsgrenze. (Merrill Lynch, 2000; Bundesregierung, 2000)

Die Grundlage dieser fortschreitenden Spaltung zwischen oben und unten sind die Eigentumsverhältnisse der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften. Der Reichtum in Gestalt des Eigentums an Produktivvermögen ist hochkonzentriert. Die Konzentration von Geldkapital, stofflichen Ressourcen, Information, Wissen, Deutungs- und Entscheidungsmacht bei international operierenden Konzernen, Großbanken und institutionellen Anlegern hat in mehreren Wellen ein neues Ausmaß erreicht. Die ökonomisch Mächtigen entziehen ihr Vermögen zunehmend der Finanzierung dringlicher sozialer und Umweltprobleme.

200 transnationale Unternehmen bringen 27,5 Prozent des Weltbruttosozialprodukts hervor. Ihr Umsatz übertrifft den Gesamtumsatz aller anderen Volkswirtschaften mit Ausnahme der 10 größten Länder. Gemessen am Umsatz von Weltunternehmen und am Bruttoinlandprodukt von Nationalstaaten zählen zu den 100 größten Wirtschaften der Welt 51 Konzernimperien und 49 Volkswirtschaften. (Institute for Policy Studies, 2001)

Der Verbleib des Reichtums ist also zunächst ein Verteilungsproblem. Die Mehrheit der Bevölkerung ist von der Rücknahme früher schon erreichter sozialer Standards betroffen, weil eine elitäre Minderheit sich größere Teile des produzierten Reichtums aneignet als jemals zuvor.

**Zunächst ist also wohlbegründet die Frage nach dem Verbleib des wachsenden Reichtums in der Tradition der Linken zu beantworten. Es sind die gewachsene Übermacht der ökonomisch und politisch Herrschenden und die Schwäche der Erwerbsabhängigen und der von Sozialeinkommen Lebenden, die seit geraumer Zeit dazu führen, dass die Gesellschaft vielerorts ärmer wird, weil ein wachsender Teil des Reichtums in den Händen einer kleinen Oberschicht konzentriert ist. Umkehr dieses skandalösen Prozesses, Umverteilung von oben nach unten bleibt auf der alternativen Agenda. Weitreichende Demokratisierung, die jegliche Eigentumsformen dem Maß eines selbstbestimmten Lebens in sozialer Sicherheit für jede und jeden unterwirft, Steuergerechtigkeit, die vor allem die privaten Supervermögen, spekulativen Kapitalgewinne und Profite der global operierenden Konzerne und Banken stärker belastet, soziale Orientierung der Haushaltspolitik und Ausweitung der Mitbestimmungsrechte auch in Wirtschaftsunternehmen gehören zu den Forderungen, die sich daraus ergeben.**

### Wettlauf

Hat man viel, so wird man bald  
Noch viel mehr dazu bekommen.  
Wer nur wenig hat, dem wird  
Auch das wenige genommen.

Wenn du aber gar nichts hast,  
Ach, so lasse dich begraben –  
Denn ein Recht zum Leben,  
Lump,  
Haben nur die etwas haben.

Heinrich Heine

## Verluste durch »Wohlstandskosten«

In einer zweiten Runde des Umgangs mit dem Problem des Verbleibs von gesellschaftlichem Reichtum ist allerdings zu fragen, ob die These von der Polarisierung des Reichtums bereits die ganze Antwort oder vielleicht nur die halbe ist. Kritischen ökologischen Diskursen folgend ist zu fragen: Wächst der verfügbare stoffliche oder in Gestalt von Dienstleistungen verfügbare gesellschaftliche Reichtum womöglich schon seit längerer Zeit entweder gar nicht mehr oder auch in Konjunk-

turzeiten nur noch geringfügig an? Ist dies nicht zumindest in Phasen gedämpften Wachstums wie seit den 70er Jahren wahrscheinlich? Wird nicht mindestens ein wachsender Teil des Nettosozialprodukts durch schwere strukturelle Fehlentwicklungen so verbraucht, dass der Wohlfahrtseffekt der Wirtschaftsentwicklung seit langem abnimmt?

Lutz Wicke, ehemaliger wissenschaftlicher Direktor des Umweltbundesamts Deutschlands, errechnete bereits für das Jahr 1984 einen jährlichen Umweltschaden in der Bundesrepublik von mindestens 103 Mrd. DM, d. h. von damals etwa 6 Prozent des Bruttosozialprodukts (WICKE 1997: 95 ff). Wouter van Dieren verweist auf eklatante Minderungen des Nettoinlandprodukts in mehreren untersuchten Ländern, in Mexiko, Indonesien, Costa Rica und Zimbabwe durch Schädigungen der Natur, die aber in der Berechnung des Bruttoinlandprodukts nicht negativ erscheinen (van Dieren 1995: 93/94).

Ausgewiesene UmweltökonomInnen vertreten die Auffassung, dass das Bruttoinlandprodukt zwar rechnerisch wächst, dass dies aber geschieht, indem die Unternehmen einen Teil ihrer Kosten auf die Gesellschaft und nicht zuletzt auf künftige Generationen abwälzen. Sie zerstören die Umwelt und damit die Lebensbedingungen kommender Generationen. Von nicht bezahlten »Wohlstandskosten« ist die Rede, die auf dem künftigen Reichtumszuwachs lasten werden. Von diesen vorerst nicht bezahlten »Wohlstandskosten« sind die »bezahlten Wohlstandskosten« zu unterscheiden – beispielsweise die für den Ausgleich oder die Reparatur von Umweltschäden, Gesundheitsausgaben im Gefolge sozial- oder umweltbedingter Krankheiten, Kosten der Flexibilität durch immer weitere und immer teurere abverlangte Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsplatz, Kosten aus Verkehrsunfällen, Werbekosten über den Aufwand für nützliche Informationen hinaus.

Das Bruttoinlandprodukt wird in der Höhe solcher bezahlter Wohlstandskosten rechnerisch überhöht ausgewiesen. Denn es nimmt durch ihre Verausgabung nicht real zu. Der Wohlstand wächst nicht, wenn durch Arbeitshetze oder Existenzängste verursachte Krankheiten behandelt, wenn Milliarden durch unsinnige Werbung aus dem Fenster gefeuert werden und wenn in der Wegwerfgesellschaft das eben noch Neue durch das Allerneueste ersetzt wird, wenn beispielsweise die Wasserqualität extrem verunreinigter Seen wieder aufgebeßert und Verkehrstote begraben werden. Weil durch Arbeit auf diesen Feldern Einkommen entsteht, wirken die bezahlten »Wohlstandskosten« steigend auf das ausgewiesene Bruttoinlandprodukt. Aber der tatsächliche Wohlstand nimmt in vielen Fällen eher ab. Der Wohlfahrtseffekt der aufgewendeten Arbeit sinkt durch gesellschaftliche Fehlentwicklungen.

In besonderem Maße trifft das auf Rüstung zu. Noch hat die Steigerung der Weltrüstungsausgaben um 31 Prozent von 1999 bis 2002 die Abrüstung nach dem Ende der Blockkonfrontation nicht voll kompensiert. Aber in naher Zukunft wird der Wiederaufstieg von Krieg als angeblich tauglichem Mittel zur Lösung gesellschaftlicher Probleme in der imperialen Strategie der USA und ihrer Verbündeten dazu führen, dass die Rüstungsausgaben während des Kalten Krieges noch bedeutend übertroffen werden.

Wenn es zutrifft, dass das Bruttoinlandprodukt real keineswegs so ansteigt wie die – ohnehin zur Zeit geringen – Zuwachsraten des Bruttoinlandprodukts vermuten lassen, dann führt dies zu weitreichenden Schlussfolgerungen. Nicht einmal eine – keineswegs in Sicht befindliche – Umkehrung der gegenwärtigen Umverteilung zu einer Verteilung von oben nach unten könnte dann die offenen Probleme allein lösen. Dann werden ökologischer Umbau und tiefgreifender Wandel der Lebensweisen überlebensnotwendig – vor allem, um die natürliche Umwelt vor der Zerstörung zu bewahren, aber auch, um das Verschwinden von Teilen des produzierten Reichtums zu stoppen. Alternativen Lebensstilen im Einklang mit der Natur käme dann neuartiges Gewicht zu.

Dringlich wird die Suche nach anderen Regulationsweisen mit starkem Gestaltungsanspruch, nach demokratischen Richtungsentscheidungen von »unten«, nach Wirtschafts-, Technologie- und Strukturpolitik, mittel- und langfristiger Finanzplanung und Sozialpolitik, die einschneidende Veränderungen der gesamten Wirtschaftsstruktur in der Richtung eines sozial-ökologischen Umbaus der gesamten Gesellschaft bewirken könnten.

## Verluste durch Vergeudung von Arbeitspotenzialen

Die Natur ist die eine große Quelle des gesellschaftlichen Reichtums. Sie ist in Gefahr, verschüttet und zerstört zu werden. Die menschliche Arbeitskraft ist die andere große Reichtumsquelle. Sie bleibt selbst in den reichen Industrieländern unterentwickelt durch skandalöse soziale Ungleichheit des Zugangs zu Bildung, vom Analphabetentum in der sogenannten Dritten Welt ganz zu schweigen. Sie wird stranguliert durch vielgestaltete Tendenzen zur Reduktion des Menschen auf seine Nützlichkeit für die Kapitalverwertung statt der Entfaltung seiner Individualität und Kreativität. Das gesellschaftliche Arbeitsvermögen wird dadurch vergeudet, dass Millionen von der Arbeit und von der Schöpfung des Reichtums der Gesellschaft ausgeschlossen sind. Sie dürfen nur noch verbrauchen – auf vermindertem Niveau versteht sich – und sind zudem noch unter Verdacht gestellt, sich vor der Arbeit zu drücken.

### Fragen:

»Muss ein Krankenhaus geführt werden wie eine Stahlschmiede? Soll ein Theater die gleiche Struktur haben wie ein Kaufhaus? ... Muss ich mich durchökonomisieren wie ein Unternehmen, muss ich zur Ich-AG werden, um den Anforderungen der Zeit zu genügen?«

Dirk Kurbjuweit, 2003: 14

Dies gehört gewiss zu den Geheimnissen des Verbleibs des gesellschaftlichen Reichtums: dass in Deutschland rund 7 Millionen Arbeitslose, weltweit rund eine Milliarde Menschen ohne Arbeit oder in extremer Unterbeschäftigung nichts für diesen Reichtum tun dürfen, sondern nur notdürftig von ihm

zehren. Das ausgewiesene Bruttoinlandprodukt steigt trotz der Arbeitslosigkeit, aber sein Wachstum wird durch sie und durch die ihr zugrunde liegenden Strukturen gedämpft. Seine Verteilung wird durch die Arbeitslosigkeit deformiert. Je mehr Menschen von der Vermehrung des Reichtums ausgeschlossen werden und gleichzeitig zumindest im – noch – sozialstaatlichen Westeuropa auf Transfereinkommen angewiesen sind, desto größer ist der Anteil des Bruttoinlandprodukts, der für ihren Unterhalt verwendet wird, obwohl die Bezüge der Einzelnen reduziert werden. Und desto kleiner ist der Teil, der für andere öffentliche Aufgaben verbleibt. Ob der gesellschaftliche Reichtum in Krisen oder Stagnationsphasen schon ein negatives Wachstum ausweist oder ob er noch, wenn auch verlangsam, wächst – die Arbeitslosen bekommen davon weniger, als sie durch eigene Arbeit hätten.

In die Sozialversicherung werden bei wachsender Arbeitslosigkeit weniger Beiträge eingezahlt. Sie wird in ihrem Leistungsvermögen begrenzt, oder die Beitragssätze werden erhöht. Gegenwärtig findet beides statt. Leistungsempfänger und Beitragszahler empfinden eine Verlustsituation, ihre Beobachtung sind Reichtumsverluste. Die herrschende Politik reagiert auf diese Lage vorrangig mit dem weiteren Abbau der Sozialleistungen. Leere Kassen scheinen keinen anderen Weg zu erlauben.

**Der Minderung des Reichtumszuwachses durch Arbeitslosigkeit kann durch alternative Arbeitspolitik begegnet werden: Arbeit nicht durch Lohndruck und Sozialabbau, sondern durch**

- verbesserte Bildung für alle,
- Stärkung der Massenkaukraft,
- öffentliche Infrastrukturinvestitionen und Stärkung der kommunalen Investitionskraft,
- beschäftigungsorientierte Förderung von Existenzgründern und kleinen Unternehmen,
- Arbeitszeitverkürzung bei differenziertem Lohnausgleich,
- Ausweitung sozial vollwertig abgesicherter Teilzeitarbeit,
- freiwilligen Wechsel zwischen existenzsichernder Erwerbsarbeit, Familienarbeit und Weiterbildung, sozial abgesichert durch
- schrittweise Einführung eines Grundeinkommens oberhalb der relativen Armutsgrenze als Bürgerrecht,
- Verteidigung der Arbeitsplätze in bürgernahe öffentlicher Daseinsvorsorge,
- öffentliche beschäftigungsorientierte Förderung von Projekten, Genossenschaften und Unternehmen im Non-Profit-Sektor.

Die Ausweitung der Versicherungspflicht auf alle Bürgerinnen und Bürger und auf alle Einkommensquellen von Vermögenden würde eine solidarische Finanzierung der Sicherungssysteme ermöglichen, schon bevor es gelingt, die Arbeitslosigkeit erheblich zu vermindern.

## Staatsverschuldung als Verlust an wirtschafts- und sozialpolitischen Spielräumen

Eine weitere Überlegung, die den Verbleib des produzierten Reichtums berührt, ist der Verweis auf die Wirkungen der fortschreitenden Staatsverschuldung. Der Schuldendienst, der die Staatshaushalte zunehmend belastet, engt ihren wirtschaftspolitischen Spielraum extrem ein – nicht zuletzt bei der Gewährleistung der öffentlichen Daseinsvorsorge. In der Bundesrepublik summieren sich die Zinszahlungen für Staatsschulden von 1965 bis 2001 auf 1.051,1 Mrd. Euro. Sie erreichten damit fast die Höhe des Schuldenstandes von 1.195,7 Mrd. Euro im Jahre 2001 und einen Umfang, der 58 Prozent des 2001 hervorgebrachten Bruttoinlandprodukts entspricht. (Meyer, 2002: 10) Ein erheblicher Teil des Bruttoinlandprodukts – 1998 68,4 Mrd. Euro, 1999 69,8 Mrd. Euro, im Jahre 2000 67,5 Mrd. Euro und 2001 66,5 Mrd. Euro – fließt jährlich als Zinszahlung an die Gläubiger des Staates, vor allem an Großbanken und Investmentfonds. Das Ergebnis der dadurch bedingten starken Verminderung öffentlicher Handlungsfähigkeit wird für die Begründung weiterer Privatisierung und Deregulierung genutzt und führt zur Einengung des Zugangs einer wachsenden Zahl von Bürgerinnen und Bürgern zu früher für sie erreichbaren öffentlichen Gütern, etwa von Leistungen im Gesundheitswesen, in der Pflege, in Bildung, Weiterbildung, Kultur usw.

Die Aussetzung der Vermögenssteuer in Deutschland führte von 1997 bis 2002 zu Steuerausfällen von rund 50 Mrd. Euro. Die Mindereinnahmen für die Haushalte im Ergebnis der jüngsten Unternehmenssteuerreform betragen allein in den Jahren 2001 und 2002 etwa 30 Mrd. Euro. Die Körperschaftsteuer wurde so verändert, dass es anstelle der 23,6 Mrd. Euro Steuereinnahmen im Jahre 2000 zu Steuerrückzahlungen an die Kapitalgesellschaften von 400 Millionen im Jahre 2001 und 2002 und nur noch zu Steuereinnahmen von 0,9 Mrd. Euro kam (ver.di, 2002, 6).

Das neoliberale Rezept zur Minderung der Staatsverschuldung heißt sparen und nochmals sparen – vor allem an Sozialausgaben für die Bedürftigen.

**Das alternative Konzept könnte heißen – sparen an Rüstungsausgaben, an Subventionen für die global players, durch Bewahrung der Umwelt und bessere Beschäftigungspolitik. Vor allem aber Stabilisierung der Haushaltseinnahmen durch Vermögenssteuern, Besteuerung von großen Erbschaften, von Spekulationsgewinnen und Profiten der großen Kapitalgesellschaften. Der Verzicht auf gerechte Besteuerung von Großvermögen und Großunternehmen ist ein sozialer Skandal.**

## Finanz- und Devisenmärkte als Bermuda-Dreieck

Eine unter kritischen Ökonomen und in der kapitalismuskritischen globalen Bewegung verbreitete Antwort auf die Frage nach dem Verbleib des produzierten Reichtums ist, dass ein beträchtlicher Teil davon in spekulativen Transaktionen auf den internationalen Finanzmärkten wie in einem Bermuda-Dreieck verschwindet.

Würden die Finanzmärkte vor allem die ursprüngliche Funktion erfüllen, freie Anlagemittel der Anbieter von Geld zu sammeln und sie als Kredite in produktive Investitionen und Arbeitsplätze zu schleusen, so wären Finanzmärkte nicht des Abzugs von Kapital aus Produktion und Dienstleistungen verdächtig. Doch die Verhältnisse, sie sind nicht so.

Das Problem besteht darin, dass der Charakter moderner Finanzmärkte durch den Übergang von einem Primat der Finanzierung von Investitionen zu einem Primat des spekulativen Handelns mit Wertpapieren und Devisen geprägt ist. Insbesondere seit den 90er Jahren ist dieser Handel in den Vordergrund der Finanzgeschäfte getreten.

Zeitweilig vermag die Steigerung der Aktienkurse das Wachstum anzuziehen. So geschah es in der zweiten Hälfte der 90er Jahre in den USA mit wachstumsfördernden internationalen Wirkungen. In Erwartung schier unbegrenzter künftiger Märkte der New Economy auf der Grundlage von Informations- und Kommunikationstechnologien fanden eine enorme Kreditausweitung und ein gewaltiger Schub von Aktienemissionen statt.

In Weltkonzernen wie Enron, WorldCom, Xerox, AOL Time Warner, Merrill Lynch und in vielen anderen Unternehmen wurden die Geschäftsbilanzen gefälscht, um die Aktienkurse und damit auch die zum Teil aus Aktienbeteiligungen bestehenden Einkommen der Spitzenmanager zu stützen. Die zeitweilig kometenhafte Steigerung der Aktienwerte verführte auch viele »kleine Leute« zu Aktienkäufen. Eine riesige Spekulationsblase entstand. Joseph Stiglitz, Nobelpreisträger und jahrelang Chefvolkswirt der Weltbank, schrieb über die verheerenden Folgen dieser Art der »Entfremdung«: »Wir wissen immer noch nicht, wie viel von den sogenannten privaten Kapitalanlagen der 90er Jahre hinausgeworfenes Geld waren; aber selbst wenn wir davon ausgehen, dass nur ein Bruchteil des Wertverlusts von Aktien auf Fehlinvestitionen zurückzuführen ist, muss die Zahl doch in die Hunderte von Milliarden Dollar gehen.« (Stiglitz, 2003: 48)

Der Einbruch der Aktienmärkte mündete in Wirtschaftsstagnation, in internationalen Sozialabbau als Reaktion darauf und damit in weitere Hemmnisse für Wachstum und Beschäftigung. Die Wirkung der internationalen Finanzmärkte kann zumindest in solchen Phasen zu massiven Reichtumsverlusten führen.

**Die Forderung von ATTAC nach der Einführung der Tobin-Steuer auf spekulative Kapitalbewegungen auf den internationalen Finanzmärkten bleibt aktuell.**

## Das demographische Problem

Eine beliebte, jedoch fehlleitende Deutung scheinbaren oder wirklichen Schwindens des produzierten Reichtums ist der Verweis auf den demographischen Wandel. Der zunehmende Anteil Älterer an der Bevölkerung verschlinge für deren Renten, für medizinische Behandlung und pflegerische Betreuung so viel vom Sozialprodukt, dass an anderer Stelle die Mittel eben fehlen würden. Der Erhalt der Alten schluckt den Reichtum – darauf läuft diese Überlegung hinaus. Denn entweder müssten die Rentner von morgen mehr Beiträge zahlen und könnten daher heute weniger konsumieren, oder das Rentenniveau müsse sinken, oder – so der letzte Stand – beides sei unvermeidbar.

Klar ist, dass tatsächlich große Umverteilungsprobleme entstehen, wenn beispielsweise in Deutschland in etwa dreißig Jahren 70 statt heute 40 über Sechzigjährige auf 100 Erwerbsfähige kommen werden. Doch dies ist weniger als eine Verdopplung der sogenannten Alterslast. Von 1960 bis 2000 vervierfachte sich die »Alterslast« sogar – jedoch bei steigendem Rentenniveau und erheblicher Zunahme des Einkommens der Erwerbsabhängigen. Das verweist darauf, dass das Altern der Gesellschaft keineswegs automatisch zu Verlusten für Rentempfang und Beitragszahler führen muss.

Damit es zu solchen Verlusten kommt, die die Beitragszahler ebenso wie die Rentnerinnen und Rentner als Schwinden des verfügbaren Reichtums empfinden, müssen andere Umstände mit der Veränderung der Altersstruktur zusammenfallen: der Anstieg der Arbeitslosigkeit, Druck auf die Masseneinkommen, die Nichtbeteiligung großer – besonders bessergestellter – Bevölkerungsgruppen an der gesetzlichen Rentenversicherung, die zunehmende Verabschiedung der Besitzer großer Vermögen von der Mitfinanzierung des Sozialstaats auf dem Wege der Steuersenkungen für sie und durch die Nutzung von Steuerschlupflöchern und eine restriktive Einwanderungspolitik der »Festung Europa« .

Der Reichtum verrinnt also keineswegs deshalb, weil mehr Menschen ein höheres Alter erreichen.

**Die Daseinsvorsorge für das Alter könnte auch künftig weiter auf die Lebensstandardsicherung orientiert werden. Wichtige Voraussetzungen dafür wären eine erfolgreiche Politik zur Senkung der Arbeitslosigkeit, die Erhöhung der Masseneinkommen und nicht zuletzt ein Wandel von der Kinderfeindlichkeit vieler Gesellschaften der westlichen Welt zu spürbarer Kinderfreundlichkeit.**

**Die Einbeziehung aller Erwerbstätigen – das heißt auch der Selbstständigen, Freischaffenden, Beamten und Abgeordneten – in die gesetzliche Rentenversicherung und eine Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze, ohne dass die Ansprüche der Besserverdienenden an die gesetzliche Rentenversicherung in gleichem Maße wie ihre Beiträge steigen, würde die Solidargrundlage der Altersvorsorge verbreitern. Eine steuerfinanzierte Altersgrundsicherung (auf höherem Niveau als gegenwärtig in Deutschland) könnte Altersarmut ausschließen.**

**Eine gemeinsame Einwanderungspolitik der Europäischen Union – offen nicht zuletzt für Menschen in Not und nicht allein für gefragte Spezialisten – würde ihrer Überalterung entgegenwirken.**

## Conclusion

Es gibt viele gute Gründe, dem Mythos vom Verschwinden des verteilbaren Kuchens eine provozierende Frage entgegenzusetzen: Wo sind die Mittel geblieben, die an allen Ecken und Enden und ganz besonders dort fehlen, wo es um die Bedürfnisse der sozial Schwächeren geht? Und in wessen Händen dienen sie zu welchen Zielen?

Scheue dich nicht, zu fragen, Genosse!  
Lass dir nichts einreden  
Sieh selber nach!  
Was du nicht selber weißt  
Weißt du nicht.  
Prüfe die Rechnung.  
Du musst sie bezahlen.  
Lege den Finger auf jeden Posten.  
Frage: Wie kommt er hierher?

Bertolt Brecht

Hier wurde festgestellt:

- Der produzierte Reichtum konzentriert sich immer mehr in den Händen einer kleinen elitären Oberschicht und vor allem bei transnationalen Unternehmen, Großbanken und Investmentfonds. Die Kehrseite dieser Reichtumskonzentration sind absolute Armut, Hunger und Krankheiten in der sogenannten Dritten Welt und soziale Polarisierung auch in den reichen Ländern der westlichen Welt.

Umverteilung von oben nach unten bleibt auf der Tagesordnung! Gerechtigkeit ist modern! Steuergerechtigkeit gehört dazu: Ist nicht eine einmalige Vermögensabgabe der Milliarden Europas eine überfällige Forderung? Eine Vermögenssteuer auf Großvermögen überall dort in Europa, wo sie noch nicht eingeführt ist, Erbschaftssteuern auf Großvermögen und die Besteuerung von Spekulations- und Börsengewinnen wären elementare Schritte zu mehr Steuergerechtigkeit.

- Der verfügbare Reichtum könnte weit größer sein, als er ist. Kosten durch Umweltzerstörung und Rüstung, durch sozial- oder umweltbedingte Erkrankungen, durch strukturell bedingte Verkehrsüberdehnung, exzessive Werbung und Verschwendung in der Wegwerfgesellschaft verschlingen ohne Gewinn von Lebensqualität einen Teil des Produktivitätszuwachses oder gehen in Stagnationsphasen vielleicht sogar an die Substanz. Die Profitdominanz in Wirtschaft und Gesellschaft ist die tiefste Wurzel für das Auseinanderfallen von Wirtschaftsentwicklung und Wohlfahrtseffekt.

Ein neues Leitbild gesellschaftlicher Entwicklung ist überfällig – nicht mehr der flexible und sich selbst vermarktende Mensch als Unternehmer seiner Arbeitskraft und Daseinsvorsorge. Als zukunftsfähiges Leitbild könnte gelten: Der

Mensch, der ein selbstbestimmtes Leben in sozialer Sicherheit und Frieden solidarisch mit anderen führen kann, weil für Jede und Jeden sozial gleiche Teilhabe an elementaren Lebensbedingungen errungen wird.

- Weil der zentrale Maßstab der Gesellschaft der Profit ist, bleibt die Arbeit als große Reichtumsquelle zu großen Teilen unausgeschöpft: durch Arbeitslosigkeit von Millionen, skandalöse Benachteiligung breiter sozialer Schichten beim Zugang zu Bildung und Analphabetentum in den sogenannten Entwicklungsländern, durch Privatisierung von Information und Wissen und Reduktion des Menschen auf seinen Nutzen für die Kapitalverwertung.

Existenzsichernde Arbeit für Jede und Jeden und sozial gleiche Teilhabe aller an Bildung bleiben zentrale Forderungen einer alternativen Entwicklung!

- Der materielle Reichtum in der westlichen Welt reicht aus für verbindliche Einlösung der auf vielen Weltkonferenzen übernommenen und nicht erfüllten finanziellen Verpflichtungen des »Nordens« an den »Süden«. Er reicht aus für ein menschenwürdiges Leben im Westen wie im Osten.

Notwendig ist dafür der Wandel der Regulationsweise. In ihr muss für die Erneuerung der Demokratie von unten, für lebensweltliche Alltagsentscheidungen der Einzelnen vor Ort, für eine soziale und ökologische Rahmgebung gegenüber dem Markt und für strategische gestaltende soziale Politik im nationalen und im internationalen Maßstab entschieden größeres Gewicht errungen werden.

**Wer will  
dass die Welt  
so bleibt  
wie sie ist  
der will nicht  
dass sie bleibt.**

**Erich Fried**

## Literatur

- BRECHT, BERTOLT, 1964: Ein Lesebuch für unsere Zeit. Berlin/Weimar Bundesregierung Deutschlands, 2000, Armuts- und Reichtumsbericht. Berlin  
FRIED, ERICH, 2000: Lebensschatten. Gedichtband, Berlin  
HEINE, HEINRICH, 1890: Sämtliche Werke. Bd. I. Leipzig  
Institut for Policy Studies, 2001: The Rise of Corporate Global Power, Washington  
KURBJAWEIT, DIRK, 2003: Unser effizientes Leben. Die Diktatur der Ökonomie und ihre Folgen. Reinbek bei Hamburg  
KRUGMANN, PAUL, 2002: Der amerikanische Albtraum. In: Die Zeit, Nr. 46/200  
MERRILL LYNCH AND CAP GEMINI Ernst & Young, 2000: German Wealth Report 2000  
MEYER, DIETER 2002: <http://home.t-online.de/home/dieter.meyer/homepage.htm>  
STIGLITZ, JOSEPH, 2003: Die goldenen Neunziger. In: Lettre international 44/Frühjahr 2003  
VAN DIJEN, WOUTER, 1995: Mit der Natur rechnen. Der neue Club-of-Rome-Bericht. Basel/Boston/Berlin  
ver.di, 2002: Steuervampire. Auseinandersetzungen um die Steuerpolitik der rot-grünen Bundesregierung. Berlin  
WICKE, LUTZ, 1991: Umweltökonomie. Eine praxisorientierte Einführung. München